Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Arden & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.75 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 8.25 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 12.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 4.80 M., einschließlich Inseratensteuer. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 34 | Dresden, Mittwoch den 11. Februar 1920 | 31. Jahrg.

Das Ergebnis von Nordschleswig

Sieg der Dänen

Tondern, 11. Februar. Bis 3½ Uhr morgens wurden für Deutschland 20 924, für Dänemark 55 279 Stimmen gezählt. Eine Anzahl Landgemeinden steht noch aus.

Noch ist das zahlenmäßige Ergebnis der Abstimmung in der unmittelbar an Dänemark angrenzenden ersten Zone Nordschleswigs nicht endgültig festgestellt, aber selbst wenn die Stimmen, die noch ausstehen, sämtlich für Deutschland lauteten, sie könnten an der Tatsache doch nichts mehr ändern, daß der äußerste Zipfel der Nordmark mit den Städten Tondern, Sonderburg, Apenrade und Hadersleben für uns verloren ist und an Dänemark fällt. Von vornherein waren die Grenzen der ersten Zone so gesteckt worden, daß eine durchaus sichere dänische Mehrheit eine möglichst große deutsche Minderheit mit hinüberzöge, denn das Gesamtergebnis der Stimmen entscheidet über das Schicksal des gesamten Bezirkes, im Gegensatz zur südlicheren Zone, wo nach einigen Wochen die Abstimmung erfolgt, das Ergebnis aber gemeindeweise ermittelt und danach die Reichsgrenze gezogen wird.

Um ganz sicher zu gehen, hatte die Entente ferner die Teilnahme an der Abstimmung für die Deutschen sehr erschwert. Als stimmberechtigt wurde nur der anerkannt, der in der Zone geboren oder dort seit mindestens zwanzig Jahren ansässig war. Dadurch wurde in den Industriestädten die Arbeiterschaft so gut wie völlig ausgeschlossen. Beim Bürgertum aber, besonders je mehr es mit irdischen Glücksgütern gesegnet ist, geben, allen großen Reden zum Trotz, die grob materiellen Interessen gewöhnlich den entscheidenden Ausschlag. Die Stimme des Magens und des Geldbeutels wiegt, wie wir z. B. auch im Rheinland sehen, meist schwerer als die des vaterländischen Gefühls. Und es ist kein Zweifel, unter Dänemarks Szepter ist heute besser wohnen, als im ausgehungerten verarmten Deutschland. Das den Nordschleswigern klarzumachen haben die Dänen sich schon seit langem bemüht. Mit Speckpaketen — Abfällen von ihrem Ueberfluß — haben sie das Land überschwemmt, und den Kriegskrüppeln und Hinterbliebenen versprochen, ihre Renten und Bezüge zu vollem Friedensmarkkurse auszuzahlen.

Freilich, trotz alledem dürfen wir die Schuld der alten preußischen Regierung nicht außer acht lassen, die nicht fähig war, in mehr als einem halben Jahrhundert die dänische Frage in Nordschleswig aus der Welt zu schaffen, die im Gegenteil die Gegensätze durch Maßnahmen, welche ständig den stark entwickelten Stolz der Abkömmlinge freier Bauern vor die Stirn stießen, nur noch verschärften und vertieften. Selbst während des Krieges behandelte man die Dänisch-sprechenden jener Marken als Staatsbürger zweiter Klasse — kein Wunder also, wenn sie sich von Deutschland fortsehnten und diesem Gefühl nun durch Stimmzettel Ausdruck gaben.

Das Land südlich der Königsau ist uns verloren, aber so bitter uns der Verlust dieser fruchtbaren Gegenden, vor allem aber der deutschgesinnten Minderheit, trifft, wir können ihn ohne wesentlichen Nachteil für den Reichskörper ertragen. Anders schon wäre es, schiede mit der ersten auch noch die zweite Zone von uns. Unser Untergang aber stände bevor, fiele Oberschlesien mit seinen reichen Erdschätzen, auf die unsre Industrie heute mehr als jemals angewiesen ist, in polnische Hände. Das nach Kräften zu verhüten ist also höchste Pflicht jedes deutschen Abstimmungsberechtigten. Wer sie versäumt, schadet nicht nur dem Reiche, sondern sich selber am eigenen Leibe und zugleich seinen Kindern und Kindeskindern.

Der Schlichtungsausschuß für das Bankgewerbe

Wie der Deutsche Bankbeamtenverein mitteilt, hat das Reichsarbeitsministerium für den von ihm eingesetzten Schlichtungsausschuß, der den Versuch machen soll, eine Einigung zwischen dem Reichsverband der Bankleitungen und den Angestelltenorganisationen herbeizuführen, ausnahmsweise und im Hinblick auf die allgemeine Bedeutung der Angelegenheit drei Unparteiische bestimmt. Es sind dies die beiden Referenten Geh. Regierungsrat Dr. Witzler und Dr. Pickert, und Reichsgerichtsrat Zeiler. Dieser wurde auf besonderen Wunsch des Deutschen Bankbeamtenvereins gewählt, weil er einer der ersten Sachkenner auf dem Gebiete der Bemessung von Einkünften mit Hilfe der Inderziffer ist. Ferner hat der Arbeitgeberverband vier Beisitzer bestellt, während die beiden Angestelltenverbände je zwei entsenden. Die Beratungen des Schlichtungsausschusses beginnen heute vormittag.

Die Bankangestellten Groß-Stuttgarts sind gestern in den Ausstand getreten.

Abschluß der Tarifbewegung im Ruhrrevier

Bochum, 11. Februar. Eine vom alten Bergarbeiterverband einberufene Konferenz der Bezirkskommission für das Ruhrgebiet hat sich mit der neuen Tariffrage beschäftigt. Nach fünfstündiger Aussprache wurde mit allen gegen vier Stimmen folgende Entschließung angenommen: Die heutige Konferenz der Bezirkskommission des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für das Ruhrgebiet stimmt den Tarifabmachungen im allgemeinen, trotz der ihnen noch anhaftenden Mängel zu. Die Konferenz erwartet aber, daß bei den bereits vereinbarten Verhandlungen bezüglich der südlichen Randzechen und bei Deputatabkommen für Invaliden Verbesserungen durchgeführt werden, desgleichen fordert die Konferenz Berücksichtigung der noch unerledigten Forderungen bei den nächsten Tarifverhandlungen.

Die Besetzungsfrist der Rheinlande unbestimmt

(Eigene Drahtmeldung)

Paris, 11. Februar. In der gestrigen Sitzung der Botschafterkonferenz wurde auf Antrag Frankreichs beschlossen, die Besetzung der Rheinlande, die dem Friedensvertrag gemäß 15 Jahre andauern soll, auf unbestimmte Zeit auszudehnen, weil Deutschland seinen Kohlenablieferungspflichten gegenüber Frankreich nicht nachgekommen sei. Auf der Botschafterkonferenz wurde die Auffassung ausgesprochen, daß man, falls Deutschland in der Auslieferungsfrage den Versailler Vertrag nicht erfülle, zu militärischen Zwangsmaßnahmen greifen müsse.

Nach Echo de Paris wird Millerand der deutschen Regierung eine Mitteilung über die Unterbrechung der laufenden Frist für die Besetzung der Rheinlande heute noch zugehen lassen.

Der Streikbeschluß der Buchdrucker

(Eigene Drahtmeldung)

Leipzig, den 9. Februar. In einer Gauversammlung, die gestern abend im Volkshaus stattfand, nahmen die Leipziger Buchdrucker nochmals Stellung zur Frage der Zeitungsverbote, speziell zum Verbot der Leipziger Volkszeitung. Die Abstimmung ergab eine große Mehrheit für den Streikbeschluß. Der Vorstand wurde mit der Weitergabe dieses Beschlusses an den Zentralvorstand in Berlin und der Einleitung der ersten Schritte beauftragt.

Die halsstarrige Entente

(Eigene Drahtmeldung)

Rotterdam, 11. Febr. Die Morning Post meldet aus Paris: In der Auslieferungsforderung an Holland in Sachen der Abtretung des Exkaisers ist die Entscheidung am Montag gefallen. Einstimmig hat der Hohe Rat die Aufrechterhaltung der Auslieferungsforderung beschlossen. Die neue Note an die Niederlande steht unmittelbar nach der Londoner Botschafterkonferenz bevor.

Die Arbeitszeit in der Metallindustrie

Wie der Vorwärts erfährt, hat das Schiedsgericht, bestehend aus Reichswirtschaftsminister a. D. Wissell, Unterstaatssekretär a. D. v. Möllendorf, Professor Dr. Richard Franke und Stadtrat Dr. Simonson am gestrigen Dienstag in der Konferenz zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Metallarbeiterverband die Entscheidung gefällt, daß nach Lage der gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Verhältnisse eine Steigerung der Produktion unbedingt erforderlich sei und daher in allen Betrieben, die dem Verband Berliner Metallindustrieller angehören, die 46½stündige effektive Arbeitszeit pro Woche einzuführen ist. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind an diesen Schiedsspruch gebunden.

Geschlossene Eisenbahnwerkstätten

In Berlin sind jetzt auch die Eisenbahnwerkstätten II an der Lehrter Straße auf Verfügung des Eisenbahnministers geschlossen worden.

Schneiderstreik in Mainz

Die Maßschneider der sämtlichen Mainzer Kleiderfabriken und Konfektionsgeschäfte sind wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Vereinigung deutscher und polnischer Gewerkschaften

Breslau, 11. Februar. Nachdem die oberschlesischen christlichen Gewerkschaften im vergangenen Jahre aus dem deutschen Verband der christlichen Gewerkschaften ausschieden und einige Monate allein für sich geblieben waren, sind sie jetzt zur polnischen Berufsvereinigung abgeschwenkt. Anfang Januar machte der Verband der oberschlesisch-christlichen Land- und Forstarbeiter den Anfang; der Verband oberschlesischer christlicher Metall- und Bergarbeiter ist gefolgt. Der darüber gefaßte Beschluß besagt u. a.: In der Erwägung, daß Oberschlesien vielleicht nicht bei Deutschland bleibt, daß ferner die oberschlesischen Gewerkschaften nur durch Zusammenschluß in eine große Zentrallandesorganisation in einem künftigen polnischen Reich Einfluß gewinnen können, erklären die christlichen Metall- und Bergarbeiter die Verschmelzung mit der polnischen Berufsvereinigung unter Anerkennung aller bisher erworbenen Rechte der Mitglieder.

Das flüchtige Machwerk

Die Reichsregierung veröffentlicht heute einen Teil der Auslieferungsliste und wird in den nächsten Tagen den Rest herausgeben. Der heute erschienene Teil bestätigt, daß es sich um ein Machwerk handelt, in dem sich Grausamkeit mit Oberflächlichkeit der Zusammenstellung und Begründung paart. Die Reichsregierung hat daher eine möglichst große Verbreitung dieses höchst fadenscheinigen Anklagematerials des Verbandes sichergestellt, damit das Urteil der allerweitesten Kreise sprechen kann.

Die Reichsregierung ging aber noch weiter. Der Reichsjustizminister Schiffer wies den Oberreichsanwalt an, möglichst in jedem Falle sofort eine gründliche Untersuchung einzuleiten. Da die angeblichen Gefangenenmißhandlungen einen breiten Raum in der Liste einnehmen, so hat der Minister ferner angeordnet, daß alle Akten über derartige Vorgänge sofort herausgegeben und die Untersuchung da, wo Unklarheit herrscht, sofort wieder aufgenommen wird, damit den Beschuldigten alsbald der Prozeß gemacht werden kann.

Die genaue Prüfung der Liste hat ergeben, daß die Zahl der angeforderten Personen nicht 900 beträgt, sondern viel größer ist. So werden ohne jede zahlenmäßige Beschränkung und ohne Angabe von Namen angefordert: die Personen des Großen Generalstabes, die für die systematischen Verwüstungen, Plünderungen und Zerstörungen jeder Art sowie für die Strafdeportationen in Nordfrankreich verantwortlich gemacht werden; ferner werden angefordert die verschiedenen Chefs der Gouvernements, die sich in Neuville und Meuse innerhalb von vier Kriegsjahren gefolgt sind. Weiter werden in der Liste aufgeführt die sämtlichen Kommandanten des Gefangenenlagers Holzminden und die Kommandanten von etwa zehn deutschen andern Gefangenenlagern aus der Zeit von Weihnachten 1917 bis November 1918. Frankreich fordert weiter die Auslieferung sämtlicher Generalstabsoffiziere und andrer Personen, die von Weihnachten 1917 bis November 1918 an der Westfront für den Gefangenendienst verantwortlich waren. Schließlich findet sich in der belgischen Liste eine besondere Abteilung: Generalstabsoffiziere und die Führer von Einheiten, die für die systematische unmenschliche Haltung ihrer Truppen verantwortlich sind.

Der nichtnamentliche Teil der Auslieferungsliste ist es, der dem Verband die Möglichkeit zu immer neuen Forderungen in der Auslieferungsangelegenheit gibt, denn in diesem nichtnamentlichen Teil ist der Personenkreis meist vollständig allgemein gehalten. So ist z. B. an einer Stelle von den Offizieren des Stabes Ludendorff die Rede. Dies würde also demnach die Auslieferung des gesamten Großen Hauptquartiers bedeuten. In diesem Teil wird auch sonst immerfort von Divisionsstäben und Kommandostellen bestimmter Divisionen und Verbände im allgemeinen gesprochen. Belgien fordert in der Liste die Auslieferung fast sämtlicher Regimentskommandeure, die 1914 in Belgien eingerückt waren. Sollte der Verband auf der vollkommenen Ausführung auch dieses nichtnamentlichen Teils bestehen, so würde dadurch die Zahl der auszuliefernden Personen um das Doppelte bis Dreifache wachsen.

Um das Unsinnige des Auslieferungsbegehrens drastisch zu beleuchten, beabsichtigt die deutsche Regierung, die Auslieferungsliste des Verbandes

mit einer deutschen Liste zu beantworten,

die eine Aufstellung aller Verbündeten enthält, die beschuldigt werden, Verbrechen und Greueltaten gegen die Kriegsgesetze begangen zu haben. Diese Liste soll als Anhang der deutschen Antwort auf die Auslieferungsforderungen des Verbandes in den nächsten Tagen überreicht werden. Deutschland wird keine Auslieferung fordern, will aber der Welt beweisen, daß nicht nur die Verbandsmächte solche Anschuldigungen erheben können. Die deutsche Liste der verbündeten Kriegsverbrechen soll angeblich mehrere Seiten von je vier Spalten in einer Sonderausgabe der Deutschen Allgemeinen Zeitung umfassen. Deutschland will der Welt beweisen, daß sich seine Feinde derselben Verbrechen schuldig gemacht haben, deren sie Deutschland anklagen. In der deutschen Liste sollen aber keine hohen Staatsmänner oder Armeeführer der Verbündeten verzeichnet sein, sie beschränkt sich vielmehr nur auf solche Personen, die wirkliche Verbrechen begangen haben sollen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200211/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG